

Stand: 20.04.2026 06:25:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11442

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg - Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter im Gründungspräsidium (Drs. 18/11156)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11442 vom 20.11.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11854 des WK vom 03.12.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11970 vom 09.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2020



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg – Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter im Gründungspräsidium (Drs. 18/11156)

Der Landtag wolle beschließen:

In Art 3 Abs. 2 Satz 1 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nr. 4 angefügt:

„4. der Gleichstellungsbeauftragte.“

Begründung:

Um die Anstrengungen zur Realisierung der Chancengleichheit in Forschung, Lehre und Verwaltung zu intensivieren, soll die oder der Gleichstellungsbeauftragte in der Aufbauphase der Technischen Universität Nürnberg Teil des Gründungspräsidiums sein. Gerade bei der Gründung einer neuen, innovativen Universität sollte die Gleichstellung von Anfang an mitgedacht werden. Hierdurch wird die Perspektive der Chancengleichheit noch bewusster in alle Entscheidungen in der Aufbauphase eingebunden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/11156

zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg (TU Nürnberg-Gesetz - TNG)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/11423

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg

Gründung der Technischen Universität Nürnberg verfassungsmäßig sicher aufstellen

(Drs. 18/11156)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 18/11442

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg - Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter im Gründungspräsidium

(Drs. 18/11156)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 18/11443

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg - Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter in der Gründungskommission

(Drs. 18/11156)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/11700

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg

hier: Gleichstellung von Anfang an verankern

(Drs. 18/11156)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 18/11763

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg

Gründung der Technischen Universität Nürnberg als deutschsprachige Universität

(Drs. 18/11156)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller zu 1: **Dr. Stephan Oetzinger**
Berichterstellerin zu 2: **Verena Osgyan**
Berichtersteller zu 3-4: **Dr. Wolfgang Heubisch**
Mitberichterstellerin zu 1: **Verena Osgyan**
Mitberichtersteller zu 2-4: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten. Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 18/11423, Drs. 18/11442, Drs. 18/11443, Drs. 18/11700 und Drs. 18/11763 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/11423, Drs. 18/11442 und Drs. 18/11443 in seiner 34. Sitzung am 25. November 2020 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: kein Votum

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11423 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11442 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11443 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/11423, Drs. 18/11442 und Drs. 18/11443 in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2020 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11442 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11443 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11423 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 18/11423, Drs. 18/11442, Drs. 18/11443, Drs. 18/11700 und Drs. 18/11763 in seiner 43. Sitzung am 3. Dezember 2020 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11700 hat der Ausschuss mit fol-
gendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11443 hat der Ausschuss mit fol-
gendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11442 hat der Ausschuss mit fol-
gendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11423 hat der Ausschuss mit fol-
gendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/11763 hat der Ausschuss mit fol-
gendem Stimmerngebnis:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Karl Freller
In Vertretung



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/11442, 18/11854

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg – Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter im Gründungspräsidium
(Drs. 18/11156)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Ulrich Singer

Abg. Verena Osgyan

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Hubert Faltermeier

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Bernd Sibler

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Christoph Maier

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg (TU Nürnberg-Gesetz - TNG) (Drs. 18/11156)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/11423, 18/11700)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/11763)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/11442 und 18/11443)

Vorweg gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/11763 namentliche Abstimmung beantragt hat und dass auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf eine Einzelabstimmung stattfindet.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD, SPD und FDP je 4 Minuten und die Staatsregierung 9 Minuten. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils 2 Minuten Redezeit.

Ich eröffne nun die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Dr. Stephan Oetzingen das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Oetzingen, Sie haben das Wort zu einem sehr wichtigen Thema.

Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mit der heute zur Abstimmung stehenden Gesetzesvorlage über die Errichtung der Technischen Universität Nürnberg schlagen wir ein neues Kapitel der bayerischen Wissenschaftsgeschichte auf. Erstmals seit 30 Jahren macht sich mit

dem Freistaat Bayern ein Land in der Bundesrepublik auf, eine neue Landesuniversität zu gründen. An dieser Stelle möchte ich fünf zentrale Aspekte hervorheben:

Erstens. Die Technische Universität Nürnberg ist kein einzelner Baustein und kein alleinstehendes Merkmal unserer Wissenschaftspolitik. Sie ist in eine breit aufgestellte Zukunftspolitik der Bayernkoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN eingebettet, zu der insbesondere auch die Hightech Agenda, die Hightech Agenda Plus sowie das neue Hochschulgesetz gehören.

Zweitens. Das Gesetz zur Errichtung der neuen Technischen Universität Nürnberg sieht vor, dass wir dort eine schlanke Hochschulverwaltung vorleben, die beispielgebend sein wird. Für die Gründungsphase sieht das Gesetz lediglich zwei zentrale Organe vor, zum einen das Gründungspräsidium, bestehend aus dem Gründungspräsidenten, vier Vizepräsidenten und dem Kanzler, zum anderen die Gründungskommission, die die Funktionen von Hochschulrat und Senat übernehmen wird.

An dieser Stelle sei auch gleich ein Wort zur Wissenschaftsfreiheit gesagt. Gerade in dieser Gründungskommission ist über die Gründungs-Chairs der Departments, auf die später noch einzugehen sein wird, die Repräsentanz und die Mitwirkung der Träger der Wissenschaftsfreiheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist, gewährleistet. Darüber haben wir bereits im Ausschuss sehr intensiv diskutiert, auch unter Betrachtung der entsprechenden Verfassungsgerichtsurteile.

Meine Damen und Herren, schon nach drei Jahren kann die neue Universität von dieser Gründungsstruktur abweichen und sich eine eigene Organisationssatzung geben. Damit geben wir dieser neuen Landesuniversität in Nürnberg deutlich mehr Hochschulautonomie, als das in der Vergangenheit bei Gründungen üblich war. Ich darf an dieser Stelle auf meine eigene Alma Mater in Regensburg verweisen. Bei der Gründung dieser Hochschule im Jahr 1962 war dort die Kompetenz gebündelt und ohne

eine entsprechende Mitwirkung der Träger der Wissenschaftsfreiheit in der Gründungsphase gestaltet.

Drittens. Die Interdisziplinarität soll ein Merkmal der neuen Landesuniversität in Nürnberg sein. Als äußerer Ausdruck werden an die Stelle der klassischen Fakultäten Departments treten, die die Forschung interdisziplinär vorantreiben sollen. Hier wollen wir ganz bewusst einen Akzent setzen, indem dort die Naturwissenschaften gemeinsam mit den Geistes- und Sozialwissenschaften forschen, aber auch problemorientiert arbeiten werden.

Auch die Lehre wird an der neuen Universität in einer neuen Art und Weise strukturiert und organisiert, nämlich in einer zentralen Einheit der Graduate School unter Leitung eines Vizepräsidenten. Hier sollen modernste Lernmethoden ausgetestet werden und ein besonderer Schwerpunkt auf die digitale Lehre gelegt werden.

Viertens, der Bereich der Internationalisierung. Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Bereich; denn wir wollen mit der neuen Technischen Universität einen Leuchtturm schaffen, der nicht nur bayernweit strahlt, sondern der auch international ausstrahlen wird. Daher ist es unser Ziel, mittelfristig 40 % internationale Studierende an dieser neuen Landesuniversität in Nürnberg zu haben. Deshalb werden wir auch einen Großteil der Studiengänge in englischer Sprache anbieten, insbesondere auch in den Masterstudiengängen. Dabei ist selbstredend, meine Damen und Herren, unser Ziel, dass die Studentinnen und Studenten, die aus aller Herren Länder zu uns kommen werden, während ihres Studiums die deutsche Sprache erlernen, um den Klebe-Effekt zu erreichen, um diese auch als Fachkräfte für den heimischen Arbeitsmarkt gewinnen zu können, damit sie nicht nach dem Studium das Land wieder verlassen.

Fünftens. Ein ganz wesentlicher Punkt ist die regionale Vernetzung. Auch hier gehen wir auf die Anmerkungen und auf die Ratschläge des Wissenschaftsrates ein. Wir schreiben der neuen Technischen Universität in Nürnberg ganz bewusst in ihr Stamm-buch, dass sie Kooperationen mit den anderen Wissenschaftseinrichtungen in der Me-

tropolregion sucht. Hier seien ganz besonders die Friedrich-Alexander-Universität, die Hochschule Nürnberg sowie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Fraunhofer und Max Planck, aber eben auch die anderen Hochschulen in der Metropolregion Nürnberg genannt, meine Damen und Herren.

Aus dieser Vernetzung in Forschung und Lehre wollen wir dann einen Mehrwert für exzellente Forschung in Nordbayern generieren. Zudem wünschen wir uns ein Hineinwirken der neuen Technischen Universität in Nürnberg in die Wirtschaft und vor allem auch in die Gesellschaft, die bewusst auch Gründungen aus der Universität heraus befördern soll, die bewusst auch Start-ups begleiten soll und damit diesen Mehrwert für die Region und insbesondere für Nordbayern generieren wird.

Die neue Universität in Nürnberg wird einen Mehrwert und einen Modellcharakter dadurch erhalten, dass sie als Campusuniversität im Süden Nürnbergs einen eigenen Stadtteil erschließen wird, der für andere Hochschul- und Universitätsstädte beispielgebend sein wird.

Abschließend, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, darf ich mich für die konstruktive Debatte in den Ausschüssen bedanken und möchte noch einmal deutlich machen: Heute ist ein großer Tag, nicht nur für die Stadt Nürnberg und für die Metropolregion, sondern für den gesamten Wissenschaftsstandort Bayern. Wir legen den parlamentarischen Grundstein für die zehnte Landesuniversität. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein: Legen Sie diesen Grundstein gemeinsam mit uns, indem Sie heute diesem Gesetz zustimmen! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Oetzing. Ich bitte Sie, noch am Rednerpult zu bleiben. Es gibt eine Wortmeldung. Angezeigt wird nur Sitz 94. – Herr Abgeordneter Singer, bitte schön.

Ulrich Singer (AfD): Das ist der Abgeordnete Singer auf Sitz 94. – Herr Kollege Dr. Oetzing, eine Frage. Sie haben angesprochen, dass wir mit der kommenden Universität auch ausländische Studenten anlocken wollen, dass sie hier natürlich unterrichtet werden sollen und auch integriert werden sollen, dass sie auch Deutsch lernen sollen, um anschließend möglichst auch unserem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

Ich würde gerne wissen: Wie soll das funktionieren, wenn an der kommenden Universität überwiegend auf Englisch unterrichtet werden soll? Wie ist dies mit dem Ziel zu vereinbaren, das ich auch einmal von Ihrer Partei gehört habe, dass man die Wissenschaftssprache Deutsch stärken möchte? – Vielen Dank.

Dr. Stephan Oetzing (CSU): Lieber Herr Kollege Singer, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie auch mitbekommen können, dass ich im Zuge meiner Ausführungen deutlich gemacht habe, dass es eben unser Ziel ist, dass diese Studentinnen und Studenten, die aus dem Ausland zu uns kommen, während ihres Studiums Deutschkenntnisse erwerben, die so gut sein sollen, dass sie auch bei uns im Land auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. – Danke schön.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht mehr vor. – Dann darf ich die nächste Rednerin aufrufen. Frau Kollegin Verena Osgyan ist die nächste Rednerin, aus Nürnberg kommend wie ich auch. Deshalb bin ich bei diesem Tagesordnungspunkt besonders aufmerksam.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon gesagt: Es ist ein großer Schritt für meine und unsere Heimatstadt Nürnberg. An dieser Stelle möchte ich die Einrichtung der Technischen Universität ganz ausdrücklich begrüßen. Es war ein langer Weg. Dieser Weg wurde jetzt so weit beschritten, dass wir die Gründung der TUN heute beschließen können. Dies freut mich ganz grundsätzlich.

Ich halte dies für einen wichtigen Eckpunkt in der Weiterentwicklung der gesamten Wissenschaftslandschaft in der Metropolregion. Dabei geht es nicht darum, Nürnberg gegen Erlangen oder gegen ganz Bayern auszuspielen, sondern es geht darum, einen Mehrwert für die gesamte Wissenschaftslandschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, dass wir den Entwicklungskorridor der anderen Hochschulen eng begleiten, dass wir ihn offenhalten und dass die zugesagten Mittel dann auch kommen. Dafür werden wir GRÜNE einstehen; das werden wir einfordern. Diesbezüglich sind wir im Moment auch ganz optimistisch.

Ich erhoffe mir wirklich viel von der angekündigten interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaften und MINT-Fächern. Das könnte etwas richtig Gutes werden. Es geht schließlich darum, wie wir die Wissenschaftslandschaft in ganz Bayern zukunftsfähig aufstellen können. Da könnte die neue Technische Uni in Nürnberg ein Vorbild sein – das wünsche ich mir ganz ausdrücklich.

Wichtig ist aber auch, dass die Ankündigungen auch bezüglich der Finanzierung jetzt Realität werden. Wir werden sehr genau hinschauen müssen und auch im Parlament die Umsetzung weiter begleiten. Auch das wird noch ein langer Weg werden. Ich habe dazu Anfragen gestellt. Viele Entwicklungen klingen interessant. Die konkreten Maßnahmen stehen aber in weiten Teilen noch aus. Wir müssen darauf achten, dass es ein Erfolgsprojekt und kein Milliardengrab wird.

Somit bin ich bei den Milliarden. Ich hoffe, dass wir wirklich noch genug Geld haben, um die Technische Universität Nürnberg auszufinanzieren. Es gibt neun andere Universitäten. Wie meine Kollegin Claudia Köhler heute schon bei der Haushaltsberatung gesagt hat, konnten wir im Haushaltsgesetz nachlesen, dass der Freistaat anscheinend schon so klamm ist, dass die Staatsregierung jetzt Gelder aus dem Corona-Sonderfonds für die Hightech Agenda zweckentfremden muss. Wir haben vor einigen Monaten schon entsprechend nachgefragt. Vom Finanzminister kam ein Dementi; der Wissenschaftsminister machte Ausführungen, die man im Nachhinein als Drumherumreden empfinden kann. Wir haben das so interpretiert, dass die Gelder im Haushalt

stehen. Jetzt müssen wir feststellen: Sie sind nicht im regulären Haushalt, sondern im Corona-Fonds. Ich muss sagen: Das ist eine Dreistigkeit sondergleichen. Es ist untragbar, dass die Mittel nicht bei denen ankommen, für die die Gelder gedacht waren, für die wir das im Parlament ursprünglich einmal beschlossen hatten. Wir wurden ziemlich hinters Licht geführt, wenn wir in Nebensätzen nachlesen müssen, wie es tatsächlich gemeint war, dass keine Corona-Hilfen des Bundes zweckentfremdet werden – die vom Land offensichtlich schon.

Aber gut; zurück zu den Finanzen. Ich hoffe, dass die 1,3 Milliarden Euro, die für die Technische Uni in Nürnberg eingeplant sind, jetzt kommen. Ich hoffe aber auch, dass die 1,8 Milliarden Euro für die anderen Hochschulen in der Metropolregion auch kommen.

Zum Gesetzentwurf – da wird es jetzt tatsächlich haarig –: Wir hatten – das wurde schon von meinem Vorredner angesprochen – verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet, ob die Gründungskommission richtig zusammengesetzt ist, weil die Trägerinnen und Träger der Wissenschaftsfreiheit, nämlich die Professorenschaft, nicht ausreichend vertreten sind. Dazu gibt es eine einschlägige Rechtsprechung, die besagt, dass Chairs oder Leitungsfunktionen eben nicht darunterfallen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es für Gründungskommissionen eine Ausnahmeregelung zu Artikel 108 der Verfassung des Freistaates oder zu Artikel 5 des Grundgesetzes gibt. Ich meine, das wird im Nachhinein möglicherweise noch Gerichte beschäftigen.

Nichtsdestoweniger – das haben Sie selber gesagt – soll die TU Nürnberg auch hinsichtlich der Governance-Struktur ein Vorbild für die bayerische Wissenschaftslandschaft sein. Wenn man das jetzt entsprechend hochhängt, dann muss man natürlich auch die Gremienkonstruktion gleich von vorn herein verfassungsrechtlich richtig aufstellen.

Wenn wir weiter mit der Vorbildfunktion argumentieren, dann wäre es doch schön, wenn auch das Thema Gleichstellung endlich ganz oben angesiedelt werden würde,

nämlich tatsächlich im Gründungspräsidium. Deswegen habe ich große Sympathien für den Änderungsantrag der FDP. Allerdings erschließt sich mir an dieser Stelle nicht, warum die Gleichstellungsbeauftragte oder der Gleichstellungsbeauftragte im Gründungspräsidium sein soll; denn diese sind eben nur für das nichtwissenschaftliche Personal zuständig.

Deswegen bitte ich um Unterstützung für unseren Änderungsantrag, der vorsieht, die Frauenbeauftragte gleich von Anfang an fest in das Gründungspräsidium einzubinden; denn das wäre doch ein Schritt nach vorne. Dies wäre gerade für eine Universität, die federführend MINT-Fächer anbietet, ein ganz großer Schritt.

(Beifall)

Gute Dinge müssen auch gut verkauft werden; das sehen wir ein. Wenn wir uns aber die Ankündigungspolitik der Staatsregierung vornehmen, muss man feststellen: Zu viel ist manchmal eben zu viel; damit kann man auch einem guten Projekt schaden.

Im Sommer stand in einer Pressemitteilung, 2021 soll die TU Nürnberg den Lehrbetrieb aufnehmen. Da dachten wir schon: Das ist sportlich. Gebäude gibt es noch keine, noch kein Gründungspräsidium et cetera pp. Jetzt muss ich in der Antwort auf eine Anfrage lesen, dass 2021 vielleicht MOOCs kommen, also im Prinzip so etwas wie Webinare, die jetzt alle zuhauf anbieten. Da muss ich sagen: So kann man ein wirklich gutes Projekt auch kleinreden. Erst einmal fährt man die Ankündigungspolitik hoch und arbeitet mit den üblichen Superlativen, und dann wird es nur eine ganz normale Hochschule, die eventuell auch noch auf das Online-Kursangebot anderer Hochschulen zurückgreifen will, wie ich lesen musste. Das heißt, die groß angekündigte vorgezogene Betriebsaufnahme wäre nichts anderes als ein Lehrimport. So etwas finde ich schade. Manchmal ist es doch einfacher, wenn man bei dem existierenden Plan bleibt.

Ich fasse an der Stelle zusammen: Wir wollen die TU Nürnberg. Wir wollen sie wirklich. Sie werden auch sehen, dass wir der Errichtung in der Einzelabstimmung zustimmen werden. Aber bei Artikel 3 zur Gremienstruktur können wir wegen berechtigter

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit einfach nicht mitgehen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir an der Stelle mehr Zeit für vernünftige Beratungen gehabt hätten. Ich bin mir sicher, dass man hier im Parlament eine gute Lösung auch für diesen Punkt gefunden hätte.

Warum muss die Gründung einer Universität, die seit mehr oder weniger sieben Jahren in der Pipeline ist, jetzt im Eilverfahren kurz vor Weihnachten durchgepeitscht werden? – Dazu kann ich nur sagen: Offensichtlich haben einige zu spät mit der Arbeit angefangen, und wir müssen es jetzt ausbaden. Ich empfinde dieses Verhalten als sehr unkollegial, genauso wie die offensichtlichen Falschinformationen zum Wissenschaftshaushalt. Darüber möchte ich mein Bedauern ausdrücken. Aber ich wünsche mir, dass die TU in Nürnberg eine forschungs- und lehrstarke neue Hochschule wird. Dazu wünsche ich der TU einen guten Start.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Oetzingler gemeldet.

Dr. Stephan Oetzingler (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, nachdem Sie ein ganzes Potpourri an Punkten kritisiert haben, möchte ich nur einen Punkt herausgreifen, nämlich die Frage der Verfassungsmäßigkeit. Wir haben damals im Ausschuss zu Recht diskutiert, dass in Baden-Württemberg ein entsprechendes Urteil zu einer solchen Organisationsstruktur vorliegt. Das Urteil besagt, dass diese Organisationsstruktur zu schlank wäre. Ich möchte aber schon betonen, dass es auch eine entsprechende Einlassung des Bundesverfassungsgerichts gibt, die ganz klar sagt, dass man sich dazu nicht äußern möchte. Der Unterschied zum Urteil in Baden-Württemberg ist auch, dass es dort um eine Universität geht, die bereits besteht, und wir hier eine Universität haben, die in dieser Form erst gegründet wird. Hier vergleicht man also Äpfel mit Birnen.

Abschließend die Frage: Alle Neugründungen in Bayern nach 1945 hatten eine deutlich schlankere Organisationsstruktur bzw. überhaupt keine Mitwirkung. Behaupten Sie – die Verfassung des Freistaates Bayern und das Grundgesetz waren in Kraft –, dass diese Neugründungen nach 1945 damit nicht verfassungskonform waren?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sie wissen selbst sehr gut, dass es bei solchen Fragen immer darauf ankommt, ob jemand klagt und Recht bekommt und wie die einschlägigen Rechtsprechungen im Detail ausfallen. Wir hatten seit 30 Jahren keine Neugründung. Der Umstand, dass bei den älteren Gründungen diese Frage gar nicht behandelt wurde, steht jetzt nicht zur Debatte. Wenn wir aber jetzt nach 30 Jahren die erste staatliche Neugründung vornehmen, sollte darüber auch vernünftig debattiert werden. Mir erschließt sich ihr Argument nicht, warum das anders zu behandeln wäre, nur weil es eine Gründungskommission gegenüber einer normalen Gremienstruktur ist. Das muss an der Stelle erst jemand entscheiden, im Zweifelsfall ein Gericht. Aktuell bestehen mir da viel zu viele Unklarheiten, und ihre Argumentation kann mich und diverse andere Organisationen an der Stelle nicht überzeugen. Da bin ich sehr gespannt, wie es weitergeht.

Deswegen sollten wir nicht die Gründung der TU Nürnberg insgesamt infrage stellen. Aber man hätte das Verfahren wirklich umsichtiger und mit mehr Diskussion im Vorfeld gestalten können. Wenn Verbände noch vor zwei Wochen Stellungnahmen in meine Richtung abgegeben haben, dann ist für mich einfach noch zu viel unklar. An dem Punkt kann ich nicht guten Gewissens zustimmen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für eine Zwischenbemerkung der Kollegin Guttenberger war es zu spät. Man muss sie vorher anmelden. Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Dr. Faltermeier für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Technischen Universität Nürnberg wird die zehnte bayेरische Landesuniversität gegründet. Es ist ein großer Tag und ein Tag der Freude – nicht nur für die Universitäten und Studenten, sondern auch für die Region. Ich komme nicht aus Nürnberg, aber die Kollegen aus Regensburg wissen, wie gut Universitäten auf die Umgebung ausstrahlen. Das wird sicher auch ein großer Gewinn für die gesamte Region werden.

Ich verstehe nicht ganz die Bemühungen einiger, den großen Schritt kleinzureden und Haare in der Suppe zu finden. Hier wird ein absolut neuer, interessanter und mutiger Weg gegangen, Herr Wissenschaftsminister. Der Ansatz findet nicht nur in Bayern, sondern deutschlandweit Beachtung. Die Grundsätze der Interdisziplinarität und der Internationalität, die Verschränkung der Leistungsdimensionen, die durchgehende Digitalisierung und die Vision des Studenten-Dozenten-Verhältnisses – all das ist einmalig.

Die Interdisziplinarität soll über eine starke Verschränkung von Forschung und Lehre dazu führen, dass die Department-Strukturen die bisherigen Fakultätsstrukturen aufweichen und man hier neue Wege geht. Hinsichtlich der Internationalität sollte man sich nicht wie die Damen und Herren von der AfD an der Lehrsprache festhängen. Wir leben in einem internationalen Raum. Das Konzept dieser Technischen Universität ist internationale Wirkung. Deshalb kommt man an der englischen Sprache auch nicht vorbei. Das Ziel ist natürlich gerade auch die Akquisition von vielen ausländischen Studentinnen und Studenten und von ausländischem Lehrpersonal.

Bemerkenswert ist auch eine Verschränkung der Leistungsdimensionen Forschung, Lehre und Transfer. Der Transfer soll nicht nur einseitig geschehen, und es soll nicht nur die Wissenschaft Lieferant für die Wirtschaft sein, sondern es soll ein Dialog in beide Richtungen entstehen. Auch das ist ein neuer, interessanter Ansatz.

Über die durchgehende Digitalisierung brauchen wir in unseren heutigen Corona-Zeiten nicht länger als notwendig zu reden. Die Organisationsstrukturen werden neu und hochinteressant und für den Freistaat Bayern sicher nicht billig werden, aber sie sind eine neue Chance für das Lehren und Lernen. Man hat ein Verhältnis von 30 bis 40 Professoren pro Department bei 5.000 bis 6.000 Studierenden. Man hätte sich in unseren Zeiten wirklich gewünscht, den Professor auch einmal aus der Nähe kennenzulernen.

Deshalb ist dies ein wirklich großer Wurf. Bemühen wir uns alle, nicht nur die Schwierigkeiten, sondern auch das große Ziel zu sehen. Schwierigkeiten werden sicher auftauchen, davon bin ich überzeugt, aber sie können überwunden werden. Natürlich werden wir auch darauf achten, dass die bisherigen Strukturen nicht vernachlässigt werden. Es ist ein neuer, toller Weg. Ich freue mich darauf, wenn die ersten Vorlesungen gehalten werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Ulrich Singer für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Oetzing, Sie haben schon in den Ausschussberatungen betont, dass die TU unbedingt nach Nordbayern und dort insbesondere nach Nürnberg müsse. Sie haben auch die Sorge geäußert, dass dieser Leuchtturm, wie Sie die TU in der Rede gerade genannt haben, an einem anderen Ort nicht hinreichend wahrgenommen werden könnte. Dabei verkennen Sie meines Erachtens, dass Nürnberg bereits jetzt eine sehr starke und wirtschaftlich leistungsfähige Metropolregion ist.

Schon in meiner letzten Rede habe ich darauf hingewiesen, dass wir einen verfassungsrechtlichen Auftrag haben, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt

und Land in ganz Bayern zu schaffen. Herr Kollege Dr. Oetzing, ich sage Ihnen eines: Build it and they will come. Wenn wir eine ausgezeichnete Universität in der kleinsten Stadt Bayerns bauen würden, würden die Studentin in einer zunehmend vernetzten Welt trotzdem zu uns kommen. Ihnen fehlt jedoch der Mut, kleinere Städte wie beispielsweise Kronach oder Hof überhaupt in Betracht zu ziehen. Diese liegen anders als Nürnberg tatsächlich im Norden Bayerns. Da wäre eine Stärkung der Region sinnvoll.

Selbst Cambridge hat nur circa 124.000 Einwohner und wäre nie so groß und berühmt geworden, wenn man dort keine Universität errichtet hätte, die heute so bekannt ist. Unsere Fraktion ist die einzige Fraktion in diesem Hohen Haus, die sich dafür einsetzt, unsere deutsche Muttersprache als Wissenschaftssprache zu erhalten. Wir fordern daher, dass die überwiegende Anzahl der Lehrveranstaltungen an den Universitäten künftig in deutscher Sprache abgehalten wird. Es ist wirklich nicht zu viel verlangt, dass die überwiegende Anzahl der Lehrveranstaltungen in Deutschland auch auf Deutsch stattfinden muss.

(Zuruf)

Hat man in der Staatsregierung so wenig Liebe zur eigenen Sprache und zur eigenen Kultur, dass die FREIEN WÄHLER und die CSU sogar noch weitergehen als die ehemalige Integrationsbeauftragte der SPD, Frau Aydan Özoguz? Sie meinte einst, eine spezifisch deutsche Kultur jenseits der Sprache sei schlichtweg nicht identifizierbar. Offensichtlich gehen Sie den nächsten Schritt konsequent weiter und wollen Deutsch auch noch als Wissenschaftssprache abschaffen.

Herr Dr. Oetzing, Sie haben auf meine Nachfrage hin nicht beantworten können, wie ausländische Studenten hier in Deutschland Deutsch lernen sollen, wenn der Unterricht im Wesentlichen in englischer Sprache erfolgt.

Der offene Brief gegen die Hochschulreform, die von der Staatsregierung während der Corona-Aussperrungen durchgepeitscht werden soll, wurde mittlerweile von weit über

800 bayerischen Professoren unterschrieben. Die Tendenz ist stark steigend. Das ist ein unübersehbares Warnsignal und zeigt, dass die Staatsregierung vor allem keine vernünftige Wissenschaftspolitik betreiben kann.

Ein wesentlicher Kritikpunkt des Briefes ist, dass die Universität als ökonomischer Betrieb aufgestellt werden soll. Ferner wird kritisiert, dass durch starke Universitätspräsidenten – ich zitiere – "die Gefahr eines autoritativen Durchregierens [...] virulent [ist]."

(Zuruf)

Vor allem wird aber die zwingend erforderliche Diskussion über eine derart nachhaltige Änderung der bayerischen Hochschullandschaft eingefordert.

Liebe Kollegen, Sie haben das Gesetzgebungsverfahren im Fall der TU Nürnberg in einer wirklich unerträglichen Weise abgekürzt. Es wäre wichtig gewesen, dieses Verfahren ausführlich zu betreiben, zu diskutieren und die Fristen einzuhalten. Wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann hören Sie bitte wenigstens auf die Professoren, die diesen Brandbrief geschrieben haben! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Zwischenbemerkung von Dr. Oetzingen vor. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Singer, Sie haben mich zu einer Zwischenbemerkung veranlasst. Zum einen sagen Sie, Ihnen erschließe sich nicht, wie diese Studentinnen und Studenten Deutsch lernen sollten. Ich frage Sie: Haben Sie schon einmal von Sprachkursen an Hochschulen und Universitäten gehört? Kennen Sie diese Angebote vielleicht aus Ihrer eigenen Hochschulzeit, die Sie als Jurist irgendwie verbracht haben müssen?

Zum anderen möchte ich im Hinblick auf den Standort noch eines betonen: Regionalisierungspolitik, insbesondere in der Wissenschaft, ist in Bayern sehr erfolgreich. Die

OTH Amberg-Weiden feiert zum Beispiel in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen. Das ist ein erster Baustein der Regionalisierungspolitik. Ein zweiter Baustein ist die Heimatstrategie mit Behördenverlagerungen. Lieber Herr Singer, vielleicht sollten Sie sich damit einmal intensiv auseinandersetzen, bevor Sie hier schwadronieren, dass man an den Universitäten nur Deutsch sprechen soll. Das ist tatsächlich provinzielle Politik.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Dr. Oetzing, genau so etwas kommt dabei heraus, wenn Sie unsere Anträge nicht lesen und sich nicht mit ihnen auseinandersetzen.

(Zurufe: Oh!)

Wir fordern an unseren Universitäten keine Ausschließlichkeit der deutschen Sprache als Lehrsprache. Wir befürworten durchaus, dass auch in englischer Sprache unterrichtet wird. Natürlich befürworten wir, dass sich unsere Studenten gewandt auf Englisch und auf Deutsch ausdrücken können. Es geht aber zu weit, wenn Sie dies umdrehen und Englisch als die wesentliche Wissenschaftssprache installieren wollen. Das geht zu weit.

(Beifall bei der AfD)

Die von Ihnen angesprochenen Regionalisierungsprogramme sind spitze. Sie haben sehr viel gebracht. Sie tragen die Behörden hinaus aufs Land.

(Unruhe)

Diese Dinge sind erfolgreich. Aber warum tun Sie dies nicht im vorliegenden Fall? Gerade hier könnten wir dies brauchen. Sie tun in dieser Situation nicht, was gut ist. Darum geht es doch. Das darf man kritisieren.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Die SPD-Fraktion stimmt diesem Gesetz zu. Das haben wir schon in der Ersten Lesung deutlich gemacht. Es ist eine Zukunftsinvestition in den Wissenschaftsstandort Bayern. Es gibt neue Ansätze in der Hochschulpolitik und ist eine Stärkung der Wirtschaftskompetenz außerhalb der Metropolregion München. Es geht natürlich auch um eine Stärkung der Region Franken und Nürnbergs im Speziellen.

Trotzdem müssen wir die Frage stellen, warum das Gesetz mit so heißer Nadel im Landtag gestrickt werden musste. Die Ankündigungen aus dem Kabinett stammen vom Mai 2017. Der Wissenschaftsrat hat mit seiner Expertise relativ lange gebraucht; sie liegt aber bereits seit Januar dieses Jahres vor. Der Zeitraum von Januar bis November ist schon relativ lange. Hätte das Projekt diese vom Ministerpräsidenten angesprochene und aus meiner Sicht durchaus berechtigter hohe Priorität gehabt, hätte ich zumindest erwartet, dass ein so bedeutsamer Gesetzentwurf dem Landtag rechtzeitig vorgelegt worden wäre. Dann hätte man diesen ordentlich beraten können.

Das merkt man diesem Gesetzentwurf und dem dahinterstehenden Projekt an. Viele Fragen und Zweifel zur künftigen Technischen Universität Nürnberg sind offengeblieben. – Da brauchen Sie gar nicht skeptisch zu gucken und sich mit mir auseinanderzusetzen. Setzen Sie sich mit der Expertise des Wissenschaftsrats auseinander,

(Beifall bei der SPD)

der vieles ins Stammbuch schreibt! Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben. Wir erwarten, dass die Antworten zeitnah kommen. Wir haben einen entsprechenden Berichtsantrag gestellt. Der Minister und die gesamte Staatsregierung stehen hier in besonderer Verantwortung.

Der Wissenschaftsrat sagt, so, wie das Projekt derzeit definiert ist, ist es zu klein und zu ambitioniert für die angestrebten Ziele. Diese sind so kaum oder nicht erreichbar. Der Wissenschaftsrat äußert Zweifel an der Anschlussfähigkeit von Abschlüssen der TU Nürnberg. Das müssen wir sehr ernst nehmen. Bei der Stellungnahme des Wis-

senschaftsrats hat uns bei der Frage zur Digitalisierung der Studiengänge schon überrascht, dass bisher noch keine überzeugenden Lösungen oder Überlegungen vorgelegt wurden.

Auch die Frage des Wissenschaftsrats, wie mit den etablierten Universitäten und Hochschulen am Standort, der FAU bzw. der TH Nürnberg, zusammengearbeitet werden soll, ist noch unbeantwortet. Hier fehlen uns noch die Konzepte. Die regionalen Hochschulen und Universitäten dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Antworten darauf fehlen uns noch.

Deswegen knüpfen wir an unsere Zustimmung klare Bedingungen: Rasche Antworten auf die aufgeworfenen Fragen und klare Verbesserungen für die Hochschulen in ganz Bayern, speziell für diejenigen Projekte, die im Hochschulbereich in der Region Nürnberg notwendig sind.

Außerdem erwarten wir, dass die Finanzierung der Hochschulen endlich auf bessere Beine gestellt wird. Wir wissen, dass wir gerade im Wissenschaftsbereich 470 Bauprojekte mit einem Finanzbedarf von zehn Milliarden Euro vor uns herschieben. Wir alle wissen, dass die im Haushalt eingestellten Mittel trotz leichter oder vielleicht signifikanter Erhöhung nicht ausreichen, um das Programm abzuarbeiten. Deswegen brauchen wir ein klares Bekenntnis dazu.

Wir wissen, dass wir jährlich mindestens eine Milliarde Euro im Bauetat des Wissenschaftsministeriums brauchen, um diese dringenden Projekte abzuarbeiten. Wir erwarten darauf politische Antworten. Wir erwarten auch die klare Antwort und Zusicherung, dass die Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studierenden, die mit dem Gesetz geschaffen werden soll, auch auf andere Hochschulen in Bayern und Universitäten, die dies verdient hätten, übertragen werden. Es geht um die Studierenden und die Hochschulen in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen dem Gesetz zu, aber die Staatsregierung ist in der Verantwortung, diese Fragen zu beantworten und Konzepte vorzulegen, die den gesamten Hochschulstandort Bayern weiterführen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Maske! Herr Halbleib, Maske!

(Zuruf)

Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Heubisch für die FDP-Fraktion.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrte Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd – liebe Ilse, Entschuldigung; wenn, dann machen wir das schon bei beiden –, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der letzte Redner bei diesem Tagesordnungspunkt und kann deshalb eine Art Resümee ziehen: In der Tat ein Leuchtturmprojekt, mit dem die Staatsregierung versucht, mit Universitäten der Ivy League – das ist ein Wort, das du gern verwendest, lieber Bernd – gleichzuziehen.

Ich als gelernter Bankkaufmann und Diplom-Kaufmann habe mir Soll und Haben genau angesehen. Natürlich finden wir auf der Haben-Seite eine Menge an positiven Punkten. Das will ich hier gar nicht verheimlichen. Gott sei Dank sind die alle positiv und auch liberal: ein modernes Konzept mit einer internationalen Ausrichtung und einer strukturellen Neuausrichtung. Eine Betreuungsrelation wie geplant von 30 Studierenden auf einen Professor hätte ich mir in meiner Studienzeit auch gewünscht. Das ist klar. Schauen wir mal, wie es kommt. Wir werden nachsehen, ob man das wirklich entsprechend umsetzt.

Wir finden auch gut, dass an der Universität sehr viel Freiheit gelebt werden soll. Natürlich sind Kooperationen – man braucht es heute gar nicht mehr extra auszuführen – eine Selbstverständlichkeit. – Das sind kurz zusammengefasst die Pluspunkte.

Kritisch haben wir allerdings zu konstatieren, dass der Zeitdruck unermesslich war. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man nicht so machen.

Was ist noch auf der Soll-Seite? – Bereiche der Nachhaltigkeit. Damit meine ich nicht nur die Ökologie, sondern auch die Ökonomie und die soziale Komponente. Die sollten wir deutlich stärken. Das liegt auch an dem Begriff der "Frauenbeauftragten", den wir schon überwunden haben. Wir sagen, der Begriff "Gleichstellungsbeauftragte" umfasst das ganze Spektrum viel besser. Da müssen wir etwas machen. Unsere Änderungsanträge, die Gleichstellungsbeauftragte zum Teil des Präsidiums zu machen sowie einen Vizepräsidenten bzw. eine Vizepräsidentin für Nachhaltigkeit einzuführen, sollten Sie daher wirklich annehmen. Die Zeiten sind reif dafür.

Finanzierungskonzept: 1,2 Milliarden oder 1,3 Milliarden Euro – das sind bei ungefähr 2.000 Beschäftigten 260 Millionen Euro jährlich. Ich sage Ihnen: Das kostet im Endeffekt 1,8 Milliarden Euro. Da brauchen wir gar nicht drum herumzureden.

(Zuruf)

– Ja, seien wir ehrlich! Es wird so kommen. – Gleichzeitig müssen wir schauen, dass andere Universitäten und Hochschulen nicht benachteiligt werden, vor allem wenn ich an die Bauwerke der FAU denke. Dort gibt es in einem Hörsaal nur eine Steckdose, Digitalisierungslevel gleich null. Nicht nur neue Gebäude einweihen und einweihen wollen – das habe ich auch gerne gemacht; das gebe ich zu –, sondern auch alte renovieren – das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der FDP)

Herr Staatsminister, bitte kümmern Sie sich darum! Legen Sie ein entsprechendes Konzept vor, woher das ganze Geld für beide Teile kommen soll.

Ich hätte gerne den Gründungspräsidenten oder die Gründungspräsidentin kennengelernt. Wir werden darauf achten, dass die sich zeitnah im Ausschuss vorstellen.

(Zuruf)

Wir möchten sie befragen; wir wollen das Konzept hinterfragen.

Das Hochschulinnovationsgesetz hätte eigentlich vorher verabschiedet werden müssen. Was wir jetzt im Gründungsgesetz machen, müssen wir da reinschieben. Erst hinterher haben wir das Hochschulgesetz. Das ist schade. – Schade ist auch, dass wir lange darauf warten müssen, bis wir die Universität bekommen.

Zusammengefasst: Wir stimmen zu und wollen nicht, dass es am Ende in Abwandlung des Matthäusevangeliums Kapitel 26 Vers 41 heißt: Der Geist ist willig, die Fleischstücke sind aber zu klein.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als abschließender Redner hat der Staatsminister Bernd Sibler das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Aufschlag, der aufhorchen lässt, den wir heute in der bayerischen, in der deutschen und – ich glaube, man kann ohne Übertreibung sagen – in der europäischen Wissenschaftslandschaft machen: die Neugründung einer Universität, der zehnten Landesuniversität in Bayern. Das ist die erste Neugründung seit vielen Jahren, die man in Deutschland auf den Weg bringt. Dieser Akzent, den der Freistaat Bayern setzt, ist einmalig und wird national und international sehr verfolgt – eine Aktivität des Freistaats Bayern, die ein klares Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung hier im Freistaat Bayern und gerade in Nordbayern und in Nürnberg ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

All diese Dinge sind in die Hightech Agenda eingebettet. Sie haben heute Vormittag die Haushaltsdebatte verfolgt. Mein Etat steigt um 639 Millionen Euro. Das sind fast 10 % mehr für all diese Maßnahmen, die jetzt anstehen. Dann wird hier ein Stück weit kleinteilig hinterfragt, wo noch etwas fehlen könnte und wo es ein bisschen mehr sein könnte. – Ja, so geht Opposition. Zahlen und Gelder zur Verfügung zu stellen, ist halt Regierungshandeln, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir sind dabei, zweieinhalbtausend zusätzliche Stellen auf den Weg zu bringen.

(Zuruf)

700 sind bereits beschlossen. 1.800 kommen zum 01.04., immer vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltsgesetzgebers, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das unterstreicht, dass die anderen Universitäten und Hochschulen hier auch partizipieren und profitieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Übrigens: Die Kernpunkte, liebe Frau Osgyan, die in das Pandemie-Kapitel verlagert sind, sind ein Kulturrettungsschirm und die Uniklinika – für einmalige Maßnahmen. Da gehören sie auch hin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da sind sie richtig arrondiert und lokalisiert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn ich mir das so anschau: Als ich den Haushalt 2018 übernommen habe, standen wir bei den Baumitteln bei 400 Millionen Euro in der Anlage S. Liebe Kollegin Kerstin Schreyer, ich bin dein größter Kunde,

(Zuruf)

weil wir die meisten Maßnahmen gemeinsam zu gestalten haben und weil gerade hier im Einzelplan 15 die größten und vielfältigsten Baumaßnahmen umgesetzt sind. 400 Millionen Euro im Jahr 2018, 670 Millionen heute, meine sehr geehrten Damen und Herren – so geben wir die Antworten auf die Fragen, die Sie stellen.

Dann haben wir bei der Hightech Agenda zusätzliche 150 Millionen Euro für Modulmaßnahmen, für Modulbauten dabei – alles Bereiche, bei denen wir in anderen Hochschulen umsetzen können.

Weil Erlangen angesprochen worden ist, meine sehr geehrten Damen und Herren: Gerade in den letzten paar Monaten haben wir die Planungsmittel für Bauvorhaben mit Gesamtkosten von 550 Millionen Euro freigegeben: für die Chemie, für den "Himbeerpalast" – da kommen die Geisteswissenschaften unter – und für die Sanierung der Lehrerbildung in der Regensburger Straße bzw. den Neubau im Nürnberger Norden. Daran wird deutlich, dass wir Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften miteinander sehen und wir neu bauen und auch sanieren, gerade in Erlangen und in Nürnberg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Ich denke, dass wir hier sehr gut aufgestellt sind, weil wir gerade hier das neue Miteinander von technischen Wissenschaften und Geistes- und Sozialwissenschaften festmachen. Das ist übrigens auch der Geist, den wir im neuen Hochschulinnovationsgesetz zugrunde legen, dass wir diese Dinge nicht gegensätzlich sehen, sondern sie zusammen betrachten. Beide Themen müssen durchleuchtet sein; beide müssen die ethischen Grundlagen haben. Die ethischen Wissenschaften und die sozialen Wissenschaften müssen gerade den Dialog in Staat und Gesellschaft treiben. Das ist sehr wichtig.

Das Stichwort "unternehmerische Hochschule", meine sehr geehrten Damen und Herren, wird weder in Bezug auf Nürnberg im Gesetz stehen und vorkommen noch im Hochschulinnovationsgesetz. Wir wollen keine unternehmerische Hochschule, sondern wir wollen eine Hochschule, die modern, schnell und flexibel Antworten auf die Herausforderungen der Zeit geben kann, ohne dass Grundlagenforschung hintangestellt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei der AfD muss ich grinsen, tut mir leid. Aschaffenburg, Ansbach, Amberg-Weiden, Deggendorf,

(Zuruf)

Ingolstadt, Hof, Neu-Ulm – das sind die sieben Neugründungen von Hochschulen für angewandte Wissenschaften Mitte der Neunzigerjahre, die jetzt 25-jähriges Jubiläum feiern. Nur Ingolstadt ist in der Mitte Bayerns; alle anderen sind in Randlagen. Man sollte bitte zur Kenntnis nehmen, dass es in Hof eine Hochschule für Angewandte Wissenschaften gibt. Das sollte man als Wissenschaftspolitiker wissen. Dreieinhalbtausend Menschen studieren dort, auch zusammen mit einer tollen Beamtenfachhochschule, und werden eine hervorragende Ausbildung erhalten.

Immer wenn ich das Stichwort "Bayerischer Wald" höre, werde ich aggressiv. Das ist meine Heimatregion. Haben Sie schon einmal etwas von Technologietransferzentren gehört? An den Standorten zum Beispiel in Spiegelau, in Cham, in Teisnach, in Freyung und in Grafenau bringen wir die Wissenschaft zu den Menschen und arbeiten in der Region. Dies ist ein Erfolgsrezept, das entwickelt wurde. Die Regel, im Freistaat Bayern in einem Umfeld von 50 Kilometern einen Hochschulstandort erreichen zu können, gilt, meine Damen und Herren. Andere Bundesländer würden sich die Finger danach lecken, wenn sie ansatzweise in diese Richtung kämen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nürnberg, eine Stadt mit 500.000 Einwohnern, hat noch keine eigene Universität. Ich glaube, jeder, der auf die nackten Zahlen blickt, wird feststellen, dass wir hier schlicht eine Lücke haben, die wir klug mit neuen Konzepten sowie einer guten und starken internationalen Ausrichtung schließen. Deshalb wird dort auch auf Englisch unterrichtet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir internationale Studentinnen und Studenten haben wollen, darf die Sprache kein Hindernis sein. Wir werden mit Englisch einen Akzent setzen und natürlich dafür Sorge tragen, dass die Men-

schen Deutsch lernen. Das können sie aber nur, wenn sie erst einmal hier sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, dass es ein entscheidendes und gutes Leuchtturmprojekt ist, bei dem wir auch die Fragen der Governance aufgenommen haben. – Liebe Frau Osgyan, Herr Kollege Oetzinger hat schon beantwortet, dass dieses Urteil aus Baden-Württemberg durch das Bundesverfassungsgericht als solches nicht bestätigt worden ist. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir geben hier nun eine kluge, moderne und flexible Struktur mit, um auf die vielen Fragen – Herr Kollege Faltermeier hat es angesprochen –, die auf dem Weg noch zu beantworten sind, gute und flexible Antworten geben zu können. Ich denke, das ist ein kräftiger Aufschlag.

Zu Kronach muss ich auch noch etwas sagen. Herr Kollege Baumgärtner ist gerade anwesend, der große Kämpfer für die Region, in der wir auch unterwegs sind. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis, was alles so läuft. Ich glaube, das ist ein wichtiger Aufschlag für die gesamte Region, für ganz Mittelfranken und ganz Bayern, für Nordbayern im Besonderen, ein internationaler Aufschlag, ein Leuchtturmprojekt erster Güte, bei dem wir bayerische Wissenschaftspolitik auf den Weg bringen.

Liebe Kerstin, einen Gefallen tue ich dir nicht: Du wolltest, dass ich hier gepflegtes Bairisch spreche. Ich habe es mir kurz überlegt, aber heute wäre Mittelfränkisch angebracht, das ich nicht kann. Also erspare ich es Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dies ist ein wichtiger Aufschlag und die richtige Antwort in einer kleiner gewordenen Welt, die Wissenschaft, Forschung und Technologie ethisch abgewogen benötigt. Das ist dieser Aufschlag mit der Technischen Universität Nürnberg. Herzlichen Dank an alle, die uns konstruktiv begleitet haben. Gehen wir es miteinander an! Diese Universität wird nicht auf Kosten der anderen Hochschulen gehen. Die Anfragen und die Zah-

len zur Hightech Agenda geben dafür ein beredtes Zeugnis. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Packen wir es an! Wir gestalten heute die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Halt, Herr Minister! – Es liegen eine Reihe von Zwischenbemerkungen vor. Die Erste kommt vom Herrn Kollegen Volkmar Halbleib. – Entschuldigung, von Matthias Fischbach!

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich habe mich zu Beginn Ihrer Rede als Erlanger Abgeordneter angesprochen gefühlt, weil Sie auch von Erlangen gesprochen haben und von 550 Millionen Euro, die schon freigegeben worden seien. Ursprünglich waren im Landtagswahlkampf 1,5 Milliarden Euro in Aussicht gestellt worden, die man in den nächsten Jahren investieren wollte. Nun ist "freigeben" noch lange nicht "Geld investiert haben". Wie weit ist man denn schon bei Geldern, die man wirklich in Gebäude oder Ähnliches gesteckt hat? Wie viel ist denn schon ausgegeben worden? Sehen Sie nicht auch eine gewisse Konkurrenz, wenn in derselben Region jetzt quasi vom Staatlichen Bauamt noch eine Universität gebaut werden muss? Können Sie mir erklären, wie die Kapazitäten vielleicht ausgeweitet werden, um die nötigen Bauten der FAU, aber auch der Technischen Hochschule bewältigen zu können?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehen Sie, Herr Fischbach, mit 550 Millionen Euro haben wir schon ein knappes Drittel der 1,5 Milliarden Euro abgearbeitet. Alles gleichzeitig geht nicht, da Sie die Kapazitäten des Bauamtes ansprechen. – Liebe Kollegin Schreyer, ich darf dich als dein bester Kunde noch einmal zitieren: Wir haben wöchentliche Bau-Jour fixe, um die Struktur schnell zusammenzustellen und hierauf flexible Antworten geben zu können. Bevor man baut, muss man planen. Diese Planungsmittel sind der erste Schritt, um diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön, Herr Staatsminister. Ich habe mich ein bisschen gewundert, dass Sie die zwei zentralen Fragen der Hochschulpolitik der nächsten fünf oder zehn Jahre als "kleinteilig" bezeichnen. Dies sind zwei Probleme, die selbst mir, der nicht in Regierungsverantwortung steht, manchmal schlaflose Nächte bereiten, weil ich nicht weiß, wie man sie lösen kann. Hier erwarte ich von Ihnen etwas mehr als das, was Sie heute im frohen Ton verkündet haben; denn bei den 400 Millionen Euro Referenz, von der Sie berichten, handelte es sich doch um eine katastrophale Unterfinanzierung. Wir befinden uns aber nach wie vor in einer Unterfinanzierung. Die Frage muss beantwortet werden, wie die Lücke geschlossen wird. Die Lücke wird nicht durch Schönreden, sondern durch das Ansprechen der Probleme geschlossen.

Ich erwarte von Ihnen ein Konzept, wie man die Lücke der Finanzierung schließen kann. Sehen Sie das Parlament dabei als Partner auf Ihrer Seite! Wir haben hier gemeinsame Interessen. Ich glaube, es lohnt sich, gemeinsam unterwegs zu sein. Auch die Betreuungsrelation an den Universitäten, jenseits der Professoren, die durch die Hightech Agenda kommen, muss deutlich verbessert werden. Hier erwarte ich mir von einem Wissenschaftsminister auch, dass er dies nicht als kleinteilig auf die Seite schiebt, sondern sagt: Ja, das ist eine Herausforderung. Dieser werden wir uns stellen, vielleicht in gemeinsamer Aktion mit dem Landtag.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Minister.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Ich weise zurück, diese Themen als "kleinteilig" bezeichnet zu haben. Allein die Erwähnung, den Etat jetzt innerhalb von zwei Jahren von 400 auf 670 Millionen Euro erhöht zu haben, gibt doch eine beredte Antwort, was Regierungsverantwortung heißt. Wir müssen das alles umsetzen. Dafür gibt es die entsprechenden Baukapazitäten zusammen mit dem Bauministerium. Wie gesagt: Zeigen Sie mir ein Landesministerium, das in den letzten zwei Jahren fast 75 % mehr für Baumittel erhalten hat. Das ist, denke ich, sehr, sehr

gut. Hier sind wir gut unterwegs. Mit den zusätzlichen Stellen geben wir auch Antworten zur Betreuungsrelation, weil wir nicht nur in diesen Punkten Akzente setzen, sondern zum Beispiel auch bei Hebammen und in der Pflege zusätzliche Mittel haben und kluge Antworten für neue Konzepte geben können.

Volkmar Halbleib (SPD): Reicht die Mittelausstattung aus, Herr Minister?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Wir müssen natürlich immer arbeiten, Herr Halbleib. Mehr ist immer besser. Ich will einfach nicht den Eindruck erwecken, dass nichts passiert wäre, so wie Sie es gerade zu suggerieren versuchen. Wir haben hier im Freistaat Bayern verdammt viel erreicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun hat Herr Kollege Christoph Maier das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Staatsminister, Sie sind mit einer gewissen Gleichgültigkeit über unseren Änderungsantrag hinweggegangen. Wir als AfD-Fraktion möchten, dass diese Universität im Grundsatz als deutschsprachige Universität gegründet wird, sodass die Mehrzahl der Studiengänge in deutscher Sprache durchgeführt werden muss. Gleichwohl sind Studiengänge in englischer Sprache oder in einer anderen Sprache möglich.

(Zurufe)

Sie als Wissenschaftsminister müssten wissen, dass zu unserer Kultur auch eine Sprache gehört. Dazu gehört auch ein gewisses Sprachniveau. Wenn wir die deutsche Sprache im Bereich der Wissenschaft heute komplett aufgeben, dann verlassen wir ein gewisses Sprachniveau und sind nicht mehr in der Lage, diese Sprache weiterzuentwickeln, auch im Rahmen des technischen Fortschritts.

(Zurufe)

Herr Wissenschaftsminister, wie stellen Sie sich die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Deutschland überhaupt vor? Wollen Sie, dass wir komplett internationalisiert werden, dass alle Studiengänge im technischen Bereich in englischer Sprache durchgeführt werden müssen und wir damit auf Dauer zurückgeworfen werden? Hat das nicht auch zur Folge, dass wir nicht die richtige Zielgruppe ansprechen, nämlich die deutschen und die bayerischen Studenten, die dort ausgebildet werden müssen, sondern vielmehr internationale Studenten angezogen werden, die letztendlich mit unseren Studenten konkurrieren? Hier wäre jetzt eine ganz klare Antwort gefragt.

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Da Sie die Gruppen baye-risch und deutsch nennen, will ich auch die Franken ausdrücklich nennen. Diese werden am meisten davon profitieren. Ich glaube, Sie wissen nicht, was mein ursprünglicher Brotberuf war: Ich war einmal Deutschlehrer. Sie können also sicher sein, dass wir auf die Vermittlung der deutschen Sprache achten. Es geht hier darum, dass wir in einer klugen internationalen Kooperation unterwegs sind. Wenn etwas international aufgestellt ist, dann sind es Forschung und Wissenschaft. Dabei so klein zu denken, wie Sie es tun, stellt Ihnen ein entsprechendes Zeugnis aus. Wir werden vernünftig daran arbeiten, dass die Menschen Deutsch lernen, wenn sie hier sind. Zuerst einmal müssen sie aber hier sein. Dann können wir die deutsche Kultur sehr gut und klug weitergeben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Maske bitte! – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 18/11156, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 18/11423 und 18/11700, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/11763, die Änderungsanträge der FDP-Fraktion auf den Drucksachen 18/11442 und 18/11443 sowie die Beschluss-

empfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf der Drucksache 18/11854.

Zuerst ist über die von den Ausschüssen zur Ablehnung empfohlenen fünf Änderungsanträge abzustimmen, wobei über vier Änderungsanträge in einfacher Form und über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion in namentlicher Form abzustimmen ist.

Ich lasse nun über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion abstimmen. Die Fraktionen sind hier übereingekommen, dass über die Änderungsanträge gemeinsam und unter Zugrundelegung des Votums des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration abgestimmt werden soll.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Enthaltungen! – Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Dann ist diese Frage geklärt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/11423, 18/11442, 18/11443 und 18/11700 sind damit abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11763. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Änderungsantrags. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14:43 bis 14:46 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses ist die Sitzung unterbrochen. Aber ich glaube, wir haben es dank der Technik bald.

(Unterbrechung von 14:46 bis 14:48 Uhr)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11763 zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg, Drucksache 18/11156, bekannt: Mit Ja haben 12 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 99 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir kommen nun zur Abstimmung über die einzelnen Vorschriften des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg, Drucksache 18/11156. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfehlen jeweils Zustimmung. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/11854.

Ich lasse zuerst über Artikel 1 – "Technische Universität Nürnberg" – abstimmen: Wer dem Artikel 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Das ist so beschlossen.

Ich lasse nun über Artikel 2 – "Aufbauphase" – abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über Artikel 3 – "Organe in der Aufbauphase". Hier wird in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzentwurfs noch eine rein redaktionelle Anpassung, nämlich die Bezugnahme auf Satz 1 dieser Vorschrift vorgenommen. Wer stimmt diesem zu? – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist auch das so beschlossen.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über Artikel 4 – "Forschung und Lehre der Universität in der Aufbauphase". Wer dem Artikel 4 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das auch so beschlossen.

Artikel 5 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2021, wobei Artikel 2 Absatz 1 Satz 3, Artikel 3 Absatz 7 und Artikel 4 Absatz 4 davon abweichend bereits am 16. Dezember 2020 in Kraft treten. Wer dem Artikel 5 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Jetzt ist alles beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg".

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2020 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg
Gründung der Technischen Universität Nürnberg als deutschsprachige Universität (Drs. 18/11156)
(Drucksache 18/11763)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse		X		Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst				Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa			
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gibis Max			
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra			
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael			
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	12	99	0